

# Sozialdemokratischer SPD Pressedienst

P/XXVI/135  
20. Juli 1971

Herbe Enttäuschung für die CDU/CSU  
Nachlese zur Sondersitzung des Bundestages  
Von Wolfgang Jansen  
Sprecher der Bundestagsfraktion der SPD  
Seite 1 und 2 / 74 Zeilen

Mehr Obdachlose als Soldaten  
Fakten zur Lage in der Bundesrepublik  
Deutschland  
Seite 3 und 4 / 104 Zeilen

Glosse des SPD-Pressedienstes  
Schwierigkeiten bei der Bekämpfung von  
"Revanchisten"  
Von Dr. Günther Müller SPD-MdB  
Seite 5 / 25 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und  
Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10  
Postfach: 9163  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37-38  
Telefax: 800 946 989 847

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg

Telefon: 22 80 37-38

Herbe Enttäuschung für die CDU/CSU

Nachlese zur Sondersitzung des Bundestages

Von Wolfgang Jansen

Sprecher der Bundestagsfraktion der SPD

Nach dem Verlauf der Bundestagssondersitzung noch auf Leistungs- und Handlungsfähigkeit der Regierungskoalition hinzuweisen, ist eigentlich überflüssig und geschieht nur wegen gelegentlicher gegenteiliger Behauptungen der Opposition. Die CDU/CSU hingegen mußte in dieser durch ihr Verhalten provozierten Bundestagsdebatte gleich vier herbe Enttäuschungen hinnehmen:

1/ Die an tendenziöse Zeitungsberichte anknüpfende Berlin-Attacke des Fraktionsvorsitzenden Dr. Rainer Barzel geriet in die Peinlichkeit nervöser Demagogie.

2/ Obwohl die CDU/CSU hart am Rande der Legalität sogar ihre Ministerpräsidenten im Bundesrat gegen das Städtebauförderungsgesetz mobilisiert hatte, gelang es ihr nur, das Gesetz in zwei Punkten zu verschlechtern, nicht aber es zu verhindern.

3/ Die Sondersitzung gab darüber hinaus auch noch Gelegenheit, das Mietrechtsgesetz zu verabschieden, dessen Ausbleiben die CDU/CSU kritisieren zu können hoffte.

4/ Durch die Drohung mit der Fristeinrede brachte sich die CDU/CSU selbst um die Chance, ihre Anträge zum Mietrechtsgesetz in der Sache behandelt zu sehen.

Letzteres ist nur durch totale Verwirrung in der Unionsfraktion zu erklären. Die Fristeinrede - die dritte Lesung bzw. Schlußabstimmung muß auf Verlangen von Abgeordneten in Fraktionsstärke ausgesetzt werden, wenn Änderungsanträge angenommen worden sind - ist ein legitimes Mittel in der parlamentarischen Auseinandersetzung zur Verzögerung ungeliebter Gesetze. Es ist aber widersinnig, einerseits mit der Fristeinrede zu drohen und andererseits selbst Änderungsanträge einzubringen, denn dies bedeutet, vom politischen Gegner Selbstverstümmelung zu verlangen. Es ist etwa so, als ob jemand seinen Nachbarn auffordert, ihm sein Messer zu leihen, damit er es dem gleichen Nachbarn in den Rücken stoßen könne. Konsequenterweise hatte denn auch die CDU/CSU zunächst an-

gekündigt, sie werde auf solche Fristeinreden verzichten. Umso unverständlicher ist es, wenn sie plötzlich mitteilte, sie fühle sich an diese Zusage nicht mehr gebunden. Leider verhinderte sie damit auch einige von der Koalition gewünschte Klarstellungen, die zwar nicht unbedingt erforderlich sind, aber doch nützlich hätten sein können.

Der ganze Vorgang kann nur auf grenzenlose Verärgerung zurückgeführt werden. Noch am 21. Juni hatte der CDU/CSU-Abg. Erpenbeck das Ausbleiben des Mietrechtsgesetzes als "Skandal" bezeichnet und die Gelegenheit benützt, die gesamte Wohnungsbaupolitik der Regierungskoalition in Grund und Boden zu verdammern. Die Absicht, in der gleichen Tonlage die Sauregurkenzeit auszufüllen, war schon deutlich erkennbar. Was Herr Erpenbeck nicht wußte, war aber, daß nach Abschluß der fachlichen Beratungen zum Städtebauförderungsgesetz und nach Rückkehr eines der beteiligten Koalitionsexperten von einer Auslandsreise die Koalitionsgespräche über die noch offenen Fragen des Mietrechtsgesetzes in ihr Endstadium getreten waren. Zwei Tage später war dann alles klar - sehr zum Ärger der CDU/CSU, deren Kritikhoffnungen somit enttäuscht wurden.

Gelegenheit zur Verabschiedung des Gesetzes wurde der Regierungskoalition von der Opposition durch den Versuch verschafft, das Städtebauförderungsgesetz durch ihre Bundesratsmitglieder torpedieren zu lassen. Der Versuch ist verständlich, hätte man sich doch in zehn Jahren unter drei CDU/CSU-Kanzlern vergeblich bemüht, gegen den massiven Druck der Interessenten ein solches Gesetz zu verabschieden. Mehrere Entwürfe endeten unter der CDU/CSU-Herrschaft im Papierkorb. Erst unter der sozialliberalen Koalition konnte dieses bedeutende Instrument zur Neugestaltung unserer Städte und Gemeinden vollendet werden.

Welcher Teufel allerdings den Fraktionsvorsitzenden Dr. Rainer Barzel geritten hat, auf ziemlich faule Zeitungsberichte hin, deren zweifelhaften Charakter der von der Regierung stets gut informierte Oppositionsführer unschwer hätte selbst erkennen können, eine Berlin-Attacke zu starten, das bleibt unerfindlich. Dr. Barzel hätte wissen müssen, daß niemand inmitten schwieriger Verhandlungen öffentlich zu rasonnieren beginnt, schon garnicht, wenn diese Verhandlungen nicht von ihm selbst, sondern von Verbündeten geführt werden. Der Himmel bewahre das deutsche Volk vor einem etwaigen Bundeskanzler Rainer Barzel, der, mitten in internationalen Verhandlungen steckend, wegen ein paar Zeitungsenten die Nerven verliert!  
(-/wr/20.7.1971/bgy)

+ + +

## Mehr Obdachlose als Soldaten

### Fakten zur Lage in der Bundesrepublik Deutschland

Wie Blätter im Herbstwind treibt es fast ein Drittel aller Nichtseßhaften durch das Leben. Oft sind es Heinkinder von der Wiege bis zur Bahre, denen Selbständigkeit und das Vertrauen zu sich fehlt, mit den Problemen des menschlichen Daseins fertig zu werden. Von vielen wird die Zunahme junger Menschen unter dieser Spezies mit Besorgnis beobachtet. Diese Entwicklung wird vor allem auf die Mobilität der Industriegesellschaft und ihre ständigen Anforderungen zurückgeführt. Außerdem spricht man von einer "Spätlese der Hippiewelle".

Die Bundesarbeitsgemeinschaft für Nichtseßfahnenhilfe in Bethel registrierte im vergangenen Jahr in ihren mehr als 600 Meldestellen rund 100.000 "Zugvögel", darunter etwa 50.000 zwischen 25 und 45 Jahren und 17.000 unter 25 Jahren. Manfred Rogalle, Geschäftsführer des Arbeiterwohlfahrt-Bezirksverbandes Rheinland/Hessen-Nassau, schätzt das Heer der Obdachlosen in der Bundesrepublik gar größer als die Bundeswehr: 500.000.

Eine halbe Million Menschen leben also in unserem Land in Notunterkünften, Obdachlosensiedlungen und Lagern. Das sind die Brutstätten des Elends. In der Unterscheidung ihrer "Klienten" sind sich Behörden und Wohlfahrt einig: Sie trennen die Schar ihrer Schutzbefohlenen in Obdachlose, die über keine ausreichende Wohnung verfügen, aber ortsgelunden sind, in Stadtstreicher, die sich in ein und derselben Großstadt herumtreiben, und in Nichtseßhafte, die keinen festen Wohnsitz haben und ständig in anderen Unterkünften leben.

Was sind das für Menschen, von denen der Speyerer Caritas-Diözesan-Direktor Dr. Staufer sagt, daß man es nicht mit Lumpen und Vagabunden, sondern oft mit sehr kranken, vom Schicksal hart getroffenen Individuen zu tun habe, die "unserer Hilfe dringend bedürfen"?

Etwa ein Drittel der Nichtseßhaften wird als suchtgefährdet bezeichnet, vor allem durch Alkohol. Im Gegensatz zur landläufigen Meinung gälten aber nur rund 25 vH. als arbeitsscheu, sozial schwierig oder asozial, 67 vH. werden als rezozialisierungsfähig angesehen, und rund ein Siebtel ist vorbestraft. Deshalb tritt Dr. Staufer dafür ein, Vorurteile abzubauen und um mehr Verständnis für die Nichtseßfahnenhilfe zu werben. Er sucht nach neuen Mitteln und Wegen: Koordination und Kooperation in diesem Teilbereich der Sozialarbeit.

In den meisten Großstädten finden die sogenannten Durchwanderer vorübergehend bei den Gartenbaukünstern Arbeit und Brot. In der Regel werden sie von der Polizei an das Sozialamt verwiesen, das sie an ihre Wirkungsstätte weiterleitet. Der Umgang mit ihnen erfordert viel Fingerspitzengefühl. Mit einer wohlhabgestimmten Dosis Höflichkeit werden die "Zugvögel", die dann für kurze Zeit in den städtischen Anlagen rasten, empfangen. "Wermutbrüder" und "Panner" sind die verbreitetsten Synonyme für diese Menschen, denen man im Sommer im öffentlichen Dienst beim Ausheben von Gräben oder - sofern ältere Semester - beim Säubern der Gehwege in den Parkanlagen begegnen kann. Arbeitsvermittlung an Durchwanderer ist nicht nur eine Geste der Nächstenliebe. Ohne diese Männer käme manches Gartenamt in Bedrängnis. Wer will heute noch mit Unkrautjäten seine

### Brötchen verdienen?

Bei manchen Stadtverwaltungen stellen sich in jedem Jahr "alte Bekannte" ein. Drei bis vier Wochen gereizte Arbeit gilt unter den Nomaden der siebziger Jahre schon als ziemlich viel. Einer hielt es in Ludwigshafen gar sieben Wochen aus. Letztlich überkommt sie aber alle wieder der Wandertrieb. Wie die Schwalben ziehen diese abenteuerlichen Gestalten dem Süden entgegen. Auch Frauen sind darunter, die sich, durch ein tiefgreifendes Erlebnis aus dem Gleis des Alltags geworfen, die Landstraße zur Richtschnur ihres weiteren Lebens gemacht haben. Die Kontakte der Umherziehenden zu ihren Mitmenschen sind meist flüchtig und zweckgebunden. Geht es nicht ums "Anschaffen" (Geldverdienen), dann sucht man eine Unterkunft für die Nacht. Vaganten spült es jeden Tag über die Schwellen der Büros karitativer Einrichtungen. Nicht wenige sind auf der Flucht vor Schulden, Alimonten, vor der Familie und der Nachbarschaft. Verdeckte Geisteskrankheiten, Suchterkrankung oder Neurosen werden auch für ihre sozialen Konflikte verantwortlich gemacht.

Diplomvolkswirtin Gabriele Böhm hat auf wissenschaftlicher Grundlage an 100 Gestrauchelten die Ursachen ihres Treibenlassens ermittelt: 29 vH. der Nichtsehaften sind demnach körperlich, geistig oder seelisch krank, zwölf vH. Flüchtlinge - vor allem aus Mitteleuropa -, die in der Bundesrepublik mit den Verhältnissen nicht fertig wurden. Weitere 29 vH. sind willeasschwache, depressive Persönlichkeiten.

Ganz so einfach läßt sich das Problem Landfahrer nicht lösen. In einer Bestandsaufnahme der Arbeiterwohlfahrt in Rheinland-Pfalz wurde ermittelt: Die Situation der Nichtsehaftenhilfe in diesem Bundesland ist völlig unbefriedigend. Der Leiter des Sozialamtes der Stadt Mainz klagte - und das ist kein Einzelfall -, daß für die Betreuung der Tippeibrüder zu wenig geeignetes Fachpersonal zur Verfügung steht. Deshalb liegt auch die Hauptlast der Fürsorge für diese Menschen bei der Arbeiterwohlfahrt und beim Caritas.

"Wenn ich Geld habe, vertrinke ich es". Das ist die Devise nicht weniger Wurzellosen. Sie glauben nicht, daß sie noch einmal nach oben kommen. Für ihre Haltung gegenüber unserer Leistungsgesellschaft finden sie meist eigenartige Begründungen. So will der eine nicht für "diese degenerierte Gesellschaft arbeiten", ein anderer hält alle, die es tun, für "dumm". Resignation vor allem bei ehemaligen Knastbrüdern. Mit der Länge des Strafregisters wächst ihre Gleichgültigkeit. Hier ist die Zahl derer, die es längst aufgegeben haben, wieder in ein normales Leben zurückzufinden, besonders groß. Die Umwelt macht es ihnen nicht leicht. Sie drückte ihnen mit dem abwertenden Namen den Außenseiterstempel auf.

Die Arbeiterwohlfahrt in Rheinland-Pfalz trägt sich mit dem Gedanken, in Koblenz zusammen mit anderen Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege ein Mehrstufenheim für die Rehabilitation von Nichtsehaften zu bauen. In Ludwigshafen wird eine Modelleinrichtung für soziale Wiederherstellung mit erheblichen Zuschüssen gebaut. Die Kosten für solche Einrichtungen stehen aber in einem umgekehrten Verhältnis zu den Erfolgchancen: Nur jeder hundertste Nichtsehafte läßt sich in ein bürgerliches Leben zurückführen.

Helmut Sand/ Arbeiter-Samariter-Bund  
(-/wr/20.7.1971/ks)

+ + +

Glosse des SPD-Pressedienstes

Schwierigkeiten bei der Bekämpfung von "Revanchisten"

Von Dr. Günther Müller SPD-MdB

Immer wieder wird in den Ostblockstaaten und ihrer Presse mit großer Besorgnis auf die Umtriebe von "Revanchisten" in der Bundesrepublik hingewiesen. Wer die ständig wiederholten, ausführlichen Darstellungen liest, bekommt den Eindruck, als ob man im Ostblock über diese "Revanchisten" ausgezeichnete Kenntnisse besitze. Die Systematik der vorgetragenen Argumente läßt auf das Vorhandensein von umfangreichen "Zettelkästen" schließen.

Freilich scheint diese Besorgnis noch von der Eilfertigkeit bei der Berichterstattung übertroffen zu werden. Zu dieser Schlussfolgerung muß man kommen, wenn man einen Bericht von Jan Zadora über Radio Warschau zur Eröffnung des Deutschlandtreffens der Schlesier in München nachliest. In diesem Bericht wird dem SPD-Bundestagsabgeordneten Wenzel Jaksch vorgeworfen, bei seiner Eröffnungsrede "revanchistische" Angriffe gegen die Ostpolitik der SPD/FDP-Regierung vorgetragen zu haben. Es wird Wenzel Jaksch empfohlen, sich der Partei von Franz-Josef Strauß anzuschließen. Da er es nicht tue, scheine ihm die "zweideutige Situation" keine Gewissensbisse zu bereiten.

Wer sich hier in einer schwierigen Situation verfangen hat, dürfte für jeden, der die deutsche Nachkriegspolitik auch nur am Rande kennt, offenkundig sein:

Der Bundestagsabgeordnete Wenzel Jaksch ist im Jahre 1966 verstorben und den sudetendeutschen Sozialdemokraten Wenzel Jaksch kann auch der Warschauer Rundfunk posthum nicht zum Schlesier machen.

(-/wr/20.7.1971/ks)